

Schriftliche Kleine Anfrage

der Abgeordneten Kersten Artus (DIE LINKE)

Betrifft: Rückkehrrechte von pflegen & wohnen-Beschäftigten, Versorgungsauftrag

Trotz mehrfacher Zusicherung, den Tarifzustand bei der pflegen & wohnen Betriebs GmbH beizubehalten und in der AVH (Arbeitsrechtliche Vereinigung Hamburg) zu verbleiben, kündigte die Geschäftsleitung des ehemaligen öffentlichen Trägers am 8. Januar 2008 an, Veränderungen des Tarifvertrages anzustreben – dreieinhalb Monate nach Ablauf der Frist für potenzielle Rückkehrer/-innen. Bis dahin hatten 352 Beschäftigte ungeachtet der Zusicherungen ihr Rückkehrrecht in Anspruch genommen, was die Stadt mit circa 9,5 bis zehn Millionen Euro belastet. Circa 650 Beschäftigte vertrauten auf die Aussagen der neuen Geschäftsführung, dass die Arbeitsbedingungen stabil bleiben würden. Ansonsten wären für die zusätzlichen RückkehrerInnen der Freien und Hansestadt noch einmal zusätzlich 15 Millionen Euro an Kosten entstanden.

Im Februar 2008 wurde bekannt, dass die Eigentümer eine weitere Verschmelzung vollzogen. Damit wurde der Tarifzustand eingefroren, das Unternehmen befindet sich in einem tariflosen Zustand.

Ein bereits ausgehandelter Kompromiss zwischen der ver.di-Tarifkommission und der von den Eigentümern bevollmächtigten Geschäftsführung, einen Haustarifvertrag abzuschließen, der als Anschlussarifvertrag zu Tarifvertrag der AVH gewertet werden kann, wurde von den Eigentümern abgelehnt. Er hätte eine Erhöhung der Entgeltgruppen-Tarife um 50 Euro vorgesehen. Stattdessen wurde eine Einmalzahlung von 50 Euro angeboten.

Ver.di wird in den nächsten Tagen seine Mitglieder im Betrieb entscheiden lassen, wie es weiter geht – und ob gestreikt wird. Wohl vor diesem Hintergrund hat sich Eigentümer Andreas Franke gegenüber den Beschäftigten geäußert, er würde seine guten Beziehungen zu Senator Wersich nutzen und dafür sorgen, dass es doch die Möglichkeit gäbe, vom Rückkehrrecht Gebrauch zu machen. Es gäbe ausreichend Ersatzkräfte.

Dies vorausgeschickt frage ich den Senat:

- 1) Hatte der Senat Kenntnis davon, dass die neuen Eigentümerinnen der pflegen & wohnen Betriebs GmbH, die Franke Gruppe und Vitanas Berlin – beabsichtigten, die verbindlichen Tarifverträge, die zwischen der AVH und der pflegen & wohnen Betriebs GmbH gelten – nicht mehr anzuwenden?
- 2) Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt war dies bekannt?

- 3) Hat der Senat Einfluss auf die Entscheidung der Geschäftsleitung der pflegen & wohnen betriebs GmbH genommen, die Bekanntgabe der Wortbrüchigkeit in Bezug auf die Anwendung der Tarifverträge so weit hinauszuzögern, dass das Rückkehrrecht ausgeschlossen werden würde?
- 4) Hat Andreas Franke bereits zu Herrn Senator Dietrich Wersich den Kontakt gesucht und seinen Vorschlag vorgebracht?
- 5) Wenn ja: Zu welchem Ergebnis führte das Gespräch?
- 6) Wenn nein: Ist das Gespräch bereits terminiert und wann?
- 7) Ist dem Senat bekannt, wo die Eigentümerinnen das Ersatzpersonal hernehmen wollen vor dem Hintergrund, dass derzeit ein Mangel an Pflegefachkräften besteht?
- 8) Falls nein: Wird der Senat bei den Eigentümerinnen vorstellig werden, um sich danach zu erkundigen?
- 9) Soweit nunmehr diese Fakten bekannt sind: Kommt der Senat zu der Auffassung, dass der Versorgungsauftrag weiterhin gewährleistet ist?